

KONFLIKTBAROMETER

WELT 1992

Jährliche Konfliktanalyse des
HEIDELBERGER INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE
KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) E.V.

1992 sind weltweit über 100 Konflikte registriert worden, davon sind 38 neu aufgetreten. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist Europa wieder die konfliktreichste Region geworden; keine Region weist mehr alte und neue Konflikte auf und nirgends sind 1992 mehr Konflikte neu entstanden als alte Konflikte andauerten. Die Folgen der Auflösung der früheren Sowjetunion

ESKALIERENDE KONFLIKTE	EUROPA		AFRIKA		AMERIKA		ASIEN		ORIENT		GESAMT	
	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu
Latente Konflikte	5	6	2	2	7	0	6	1	9	0	29	9
Krisen	5	4	0	5	0	2	4	1	7	3	16	15
Ernstere Krisen	1	4	4	0	3	0	5	1	1	4	14	9
Kriege	2	2	6	0	1	1	1	0	1	2	11	5
SUMME	13	16	12	7	11	3	16	3	18	9	70	38
Puttsche	1		3		2		0		1		7	
Puttschversuche	3		2		2		1		1		9	

DEESKALIERENDE KONFLIKTE Maßnahmen der Konfliktverarbeitung	EUROPA		AFRIKA		AMERIKA		ASIEN		ORIENT		GESAMT	
	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu
Einvernehmliche Lösung (z. B. Friedensverträge)	2		6		4				0		12	
Einvernehmliche Lösung mit Hilfe Dritter			0		1				0		1	
Waffenstillstandsabkommen /Truppenabzug	3		2						4		9	
Verhandlungen mit Hilfe Dritter					3				7		10	
Beendigung durch Gerichtsurteil			0		1						1	
Aufnahme von Gesprächen, Verhandlungen oder dipl. Beziehungen			3		1		3				7	
Beendigung durch Druck/Drohung	1				3		3		0		7	
Friedensmissionen	1				0		1		0		2	
Deeskalation durch militärische Intervention	1		2		0				0		3	
Beendigung durch Krieg	1		0		0				0		1	

Legende: Konflikte können mehrfach gezählt sein, z.B. wenn ein Waffenstillstand erst vereinbart, dann aber wieder gebrochen wurde. 'lfd/neu': 1992 bereits laufende/1992 initiierte, politische und militärische Konflikte, die ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt haben. Stand 15.12.1992.
Alle Angaben beziehen sich nur auf Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit.

und des früheren Jugoslawien waren vor allem für dieses Konfliktbild verantwortlich. Konfliktarm bleiben dagegen Amerika und Ozeanien. Das Konfliktbarometer registriert sieben gelungene und neun gescheiterte Putsche. Die insgesamt geringere Zahl von Putschen deutet auf eine Stabilisierung der demokratischen Regime, vor allem in Afrika und Lateinamerika hin. Es wurden aber auch Erfolge bei Konflikt-Beilegungsbemühungen erzielt. 12 mal wurden einvernehmliche Lösungen erreicht, in zahlreichen Fällen wurden mit Hilfe Dritter Verhandlungsergebnisse erzielt, die allerdings in vielen Fällen wieder gebrochen wurden (z.B. Waffenstillstandsabkommen im ehemaligen Jugoslawien). Auch Druck- und Drohpolitik hat in einigen Fällen zur Deeskalation geführt. Konflikteindämmend haben auch die Vermittlungsbemühungen regionaler Organisationen gewirkt, aber auch die Fortschritte bei Integrationsbemühungen (KSZE, ASEAN, MERCOSUR, Schwarzmeeranrainer, NAFTA) stärken das Konfliktlösungspotential.

WELT

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und der Zusammenbruch des Realsozialismus haben umfassende Auswirkungen in allen Erdteilen, deren Folgen sich u.a. an Demokratisierungsbemühungen, in der Beendigung langandauernder Regionalkonflikte sowie in neuen Handlungsmöglichkeiten der UNO zeigen.

EUROPA

Europa stand 1992 einerseits im Zeichen zahlreicher konfliktverstärkender Auseinandersetzungen und neu aufflammenden Nationalismus', andererseits sind Fortschritte im europäischen Einigungsprozess unübersehbar.

Der Zerfall Jugoslawiens sowie der Sowjetunion haben fast die gesamte publizistische und journalistische Aufmerksamkeit auf sich gezogen, so daß über die übrigen teils langandauernden Konflikte in Europa nur wenig berichtet wird.

Aus Slowenien ist die frühere jugoslawische Armee abgezogen und das Leben normalisiert sich. In Kroatien, das zu etwa 30% serbisch besetzt ist, ist der Konflikt um Unabhängigkeit vorläufig durch Krieg beendet, nachdem im Vorjahr 16 Waffenstillstände gebrochen worden waren. Ein bis März 1993 befristeter sowie von UNO-Soldaten überwachter Waffenstillstand ist in Kraft. Im Kosovo ist die Lage durch die serbische Unterdrückung explosiv und einiges deutet auf einen gewaltsamen Aufstand hin. Veränderungen haben sich in Bosnien-Herzegowina im Oktober ereignet, als das Bündnis zwischen Kroaten und Moslems brach und es zu lokalen Kämpfen zwischen ihnen kam. Nachdem alle Seiten die ethnische Teilung anerkannt haben, wollen sie noch Positionsgewinne erreichen. Währenddessen erzielten die Serben wichtige strategische Gewinne. Aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit und ihrer rücksichtslosen Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung (ethnische Säuberungen) stehen die bosnischen Serben kurz vor der Erreichung ihrer Kriegsziele. Nach dem Scheitern aller Vermittlungsbemühungen seitens der EG und der UNO scheinen die serbischen Bosnier eine endgültige militärische Entscheidung zu suchen. In Serbien wachsen die Spannungen im überwiegend moslemisch bewohnten Sandschak. Der Konflikt zwischen dem serbischen Präsidenten Milosevic und dem Präsidenten Restjugoslawiens Panic sowie dessen Regierungschef Cosic, die nach einem Kompromiß mit Bosnien und Kroatien suchen, dauert an. Währenddessen hat die UNO im November ihre Sanktionen gegen Restjugoslawien

nochmals verschärft. Auch in und um Mazedonien, das international nicht anerkannt ist, aber auch nicht mehr Restjugoslawien angehört, wachsen die Spannungen.

Die in Nordirland seit März laufenden Gespräche, an denen auch die Republik Irland teilnimmt, sind ins Stocken geraten und durch Serien von Bombenanschlägen seit Oktober weiter erschwert worden.

Nachdem der baskischen ETA Ende letzten Jahres mit der Verhaftung mehrerer Spitzenkader schwere Verluste zugefügt worden sind, hat die Organisation im September ein Waffenstillstandsangebot unterbreitet. Der Konflikt um Gibraltar liegt durch ein de facto Stillstandsabkommen auf Eis.

Auf Zypern sind die unter UNO Vermittlung laufenden Verhandlungen durch die zypertürkische Obstruktionspolitik im November vorerst gescheitert und auf März vertagt worden.

Im seit 1973 laufenden griechisch-türkischen Ägäisdisput um Grenzen, Inseln und Ressourcen, gab es keine Bewegung.

In Georgien ist der Machtkampf mit dem ehemaligen Präsidenten Gamsachurdia im Juli militärisch entschieden worden und sein Gegenspieler Schewardnadse wurde durch Neuwahlen im Amt bestätigt. Der Konflikt um Südossetien schwelt weiter, während die Auseinandersetzung um die Abspaltung Abchasiens seit Oktober zum offenen Bürgerkrieg eskaliert ist.

In Rußland sind Anfang November Kämpfe zwischen Inguschen und Tschetschenen ausgebrochen, weil die Inguschen Land von den Tschetschenen zurück haben wollen. Jelzin hat den Ausnahmezustand verhängt und Truppen entsandt. Der 1991 ausgebrochene Streit um die Schwarzmeerflotte zwischen der Ukraine und Russland ist noch nicht geklärt, ebenso wenig wie die Zugehörigkeit der Krim. In Moldawien, dem Djesterkonflikt, sind die Kämpfe durch ein Friedensabkommen im Juli vorerst beendet. Das gleiche gilt für den zum Mittleren Orient zu zählenden Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagornij-Karabach, wo sich ein militärisches Patt abzuzeichnen beginnt, wobei die Armenier noch den eroberten Korridor nach Karabach halten. In Aserbaidschan wurde Präsident Mutalibov von radikaleren Moslems gestürzt.

Der vereinbarte Abzug russischer Truppen aus dem Baltikum wurde Anfang November mit dem Hinweis auf unerfüllten Minderheitenschutz der dort lebenden Russen unterbrochen.

In Rumänien schwelen Konflikte mit den nationalen Minderheiten. Die CSFR soll vertragsgemäß am 31.12.92 aufgelöst werden. Nachdem im nationalen Parlament zunächst dafür keine Mehrheit zustande kam, wurde im Dezember die Trennung auch formal beschlossen.

Zwischen Ungarn und der Slowakei schwelt ein Konflikt um das Donaukraftwerk Gabchikowo, der vor dem Hintergrund des Minderheitenproblems der Ungarn in der Slowakei eskalieren könnte.

Auf Korsika hat die Korsische Nationale Befreiungsfront im Herbst ihre Bombenanschläge auf Feriensiedlungen intensiviert.

Gelöst werden konnte hingegen der Südtirolkonflikt, mit dem nach zwanzigjährigen Verhandlungen getroffenen Abkommen vom Mai, das auch Österreich ratifiziert hat. Der Truppenabzug der roten Armee aus Deutschland und anderen Staaten aus Osteuropa vollzieht sich planmässig und die drastische Abrüstung namentlich der atomaren Arsenale wird fortgesetzt.

AFRIKA

Der Kontinent schwankt zwischen Hoffnung und Resignation. Demokratisierungsbewegungen, die nunmehr auch von den ehemaligen Kolonialmächten gefördert werden, haben sich in Sambia, Togo, Kamerun, Gabun, Kenia, Ghana und Nigeria Bahn gebrochen. Der Beendigung großer Konflikte stehen sich ausweitende Hungerkatastrophen durch Dürre und Krieg und neu aufgeflammete Kämpfe gegenüber.

In Liberia ist in dem 1990 ausgebrochenen Bürgerkrieg ein mit Hilfe der Westafrikanischen Friedensstruppe (ECOMOG) geschaffener Waffenstillstand seit November neuen Kämpfen gewichen.

Der mit dem Friedensvertrag vom Juni beendete 16jährige Bürgerkrieg in Angola flammte nach der Wahlniederlage der UNITA im August erneut auf. Im Oktober wurde unter Vermittlung Simbabwe zwischen der Regierung von Mosambique und der RENAMO ein Friedensvertrag geschlossen, in dem ein Waffenstillstand, Neuwahlen und eine Demobilisierung vereinbart wurden. Ob der Vertrag insgesamt eingehalten werden wird ist sehr ungewiß, da die Kämpfe teilweise weitergeführt werden.

In Somalia hat sich der Norden als Republik Somaliland im Sommer 1991 faktisch abgespalten. In Mogadischu ist die Macht nach dem Sieg über Siad Barre zwischen den beiden stärksten Clanchefs Mohammed Aidid und Ali Mahdi geteilt, nachdem sie im März einen Waffenstillstand geschlossen haben. Vermittlungsbemühungen der UNO waren bislang erfolglos und marodierende Banden brachten die UNO-Hungerhilfe fast zum Erliegen, bis zu deren Sicherung im Dezember eine UN-Interventionstruppe ins Land gekommen ist.

In Äthiopien ist Eritrea, das 1995 ein Referendum über die Unabhängigkeit abhalten will, faktisch autonom. Dies wird auch von Addis Abbeba anerkannt. Im übrigen Land - vor allem bei den Oromos - ist die unter Vermittlung der USA und Eritreas im April zustandegekommene Waffenruhe brüchig und es kommt immer wieder zu kleineren Scharmützeln seit das Regierungsbündnis zerbrochen ist.

Im Tschad finden trotz eines Friedensabkommens vom Juni 1992 weiterhin sporadische Kämpfe zwischen den Konfliktparteien statt.

In Ruanda wurde im März ein Protokoll zur Zusammenarbeit von Regierung und Opposition unterzeichnet, dem im August ein Friedensabkommen gefolgt ist.

Nach dem Ausbruch bewaffneter Zusammenstöße ist die Lage in Burundi bei anhaltenden Kämpfen und einem Putschversuch unklar.

In Südafrika dauern die Kämpfe zwischen ANC und Inkatha, die schon mehrere Tausend Tote gefordert haben, an. Die Gespräche zwischen dem ANC und der Regierung wurden nach der Unterbrechung wegen des Massakers an der Grenze zu Bophutatswana inzwischen wieder aufgenommen. Die Abschaffung der Apartheid wurde unabhängig davon fortgesetzt. Im Konflikt zwischen Südafrika und Namibia um die Walvischbucht wurde im September 1991 ein Abkommen über die gemeinsame Verwaltung geschlossen, das eine endgültige Lösung vorbereiten soll.

Im Sudan tobt der 9jährige Bürgerkrieg weiter. Die von Iran aufgerüstete Regierungsarmee, die u.a. Hunger als Waffe einsetzt, ist wieder in der Offensive, da gleichzeitig die SPLA mit interner Spaltung zu kämpfen hat und auch die Unterstützung durch Äthiopien verloren hat. In Dschibuti setzten sich die ethnischen Spannungen zwischen Afar und Issar auch nach einem Waffenstillstand im November letzten Jahres fort.

AMERIKA

Trotz weiterer Verelendung v.a. bei der Landbevölkerung gibt es Hoffenschimmer angesichts ökonomischer und demokratischer Stabilisierung und der Beendigungen einiger Konflikte.

Die wichtigsten positiven Ereignisse waren die Beendigungen des seit 1980 andauernden Krieges in El Salvador durch ein mit UN Hilfe zustande gekommenes Friedensabkommen im September, die Beendigung des zwölfjährigen Grenzkonfliktes zwischen Honduras und El Salvador im Oktober durch die Entscheidung des IGH, die Anerkennung von Belize durch Guatemala, der Ausgleich zwischen Peru und Bolivien in der Frage des Meereszugangs und eine politische Annäherung zwischen Ecuador und Peru im Konflikt um das Amazonasgebiet. Auch der Falklandkonflikt ist zwar nicht beigelegt, aber diplomatische Beziehungen wurden wieder aufgenommen und die argentinische Regierung hat einen Gewaltverzicht verkündet sowie Verhandlungen mit Großbritannien aufgenommen. Der langjährige Grenzkonflikt zwischen El Salvador und Honduras ist nach 16-monatigen Beratungen des IGH im September gelöst worden, wobei Honduras etwa zwei Drittel der umstrittenen 400 qkm zugesprochen wurden.

Die Auseinandersetzung um Gebietsansprüche von Guatemala an Belize wurde beendet. Nachdem die Ansprüche 1986 aufgegeben worden waren, erkannte Guatemala Belize 1992 auch offiziell an. Der jahrzehntelange Konflikt zwischen Peru, Chile und Bolivien wegen des Verlusts des bolivianischen Meereszugangs wurde durch ein peruanisch-bolivianisches Abkommen vom April zunächst beendet, indem Bolivien ein Korridor zur peruanischen Küstenstadt Ilo zugesprochen wurde. Im Streit um das Amazonasgebiet zwischen Peru und Ecuador sind durch eine peruanische Initiative die Beziehungen verbessert worden. In informellen Gesprächen wird nun nach einer endgültigen Lösung gesucht. In Surinam wurde im August ein Aussöhnungsabkommen mit fünf Rebellengruppen geschlossen, um den seit 1986 laufenden Konflikt zu beenden. Die Entwaffnung der Rebellen wird von der OAS überwacht und diese Einheiten sollen nach dem Beispiel von El Salvador in die Armee integriert werden. Auf Puerto Rico stimmten bei einem Referendum Zweidrittel der Wähler für die Beibehaltung des Assoziationsstatus mit den USA.

Auf der konfliktverstärkenden Seite wurde der Friedensprozeß in Kolumbien unterbrochen. Im November eskalierte erneut der Konflikt mit den Guerillagruppen FARC und ELN, ebenso wie der Kampf gegen die Drogenmafia. Generell hat sich der Kampf gegen die Drogenmafia auch auf Bolivien, Peru ausgeweitet, wo auch die USA militärisch engagiert sind. In Peru hat Präsident Fujimori im April mit Billigung der Armee in einem kalten Staatsstreich Parlament und Verfassung beseitigt. Im Krieg gegen die Guerillabewegung 'Sendero Luminoso' gelang der Regierung mit der Verhaftung des Chefs Abimael Guzman ein bedeutender Erfolg. Dennoch geht der Bürgerkrieg weiter. In Guatemala dauert die Auseinandersetzung mit der Guerilla an, da die laufenden Verhandlungen keine Fortschritte erbracht haben. In Venezuela haben linke Offiziere einen Putschversuch unternommen, dem im November ein weiterer folgte, der fast 200 Opfer forderte. In der jahrzehntealten Auseinandersetzung zwischen den USA und Kuba wurden die Sanktionen gegen die Insel verschärft und der Konflikt um den amerikanischen Militärstützpunkt Guantanamo schwelt weiter. Auf Haiti geht nach dem Militärputsch vom September die Unterdrückung, die eine Flüchtlingswelle ausgelöst hat, weiter. Die von der OAS verhängten Sanktionen tragen aber zur Instabilität der von der Armee eingesetzten Regierung bei, ohne daß sich bisher Erfolge eingestellt hätten.

ASIEN

Hier vollziehen sich tiefgreifende geopolitische und strategische Veränderungen (China, Südkorea, Taiwan, Nordkorea). Neben der Entstehung neuer Regionalmächte (Südkorea, Thailand) und der wachsenden Isolierung Nordkoreas und Taiwans ist es die heraufziehende Rivalität zwischen China und Japan um die regionale Vorherrschaft. Indonesien und Indien spielen ebenfalls die Rolle von Regionalmächten.

China hat sich allen seinen Nachbarn angenähert und strebt eine Lösung der offenen Grenzfragen (mit Indien, Vietnam, Rußland) an, während die Situation in Tibet gespannt bleibt. Wirtschaftliche Fortschritte erhöhen das Gewicht einer zukünftigen Großmacht.

Nach dem Friedensvertrag vom Oktober 1991 ist in Kambodscha die bislang größte Friedensmission der UNO durch die Obstruktionspolitik der Roten Khmer ins Stocken geraten und die Kämpfe sind wieder aufgeflammt. Die für Frühjahr 1993 geplanten Wahlen sind daher gefährdet. Auch durch die ungesicherte Finanzierung ist die Weiterführung der bislang größten Friedensmission der UNO ungewiß.

Im jahrzehntelangen Bürgerkrieg in Myanmar (Birma) versuchen die oppositionellen ethnischen Minderheiten vor allem der Karen im Osten und der Shan im Norden die Gebietsverluste durch die letztjährige Regierungsoffensive wieder auszugleichen. Diese hatten zu massiven Flüchtlingsströmen namentlich nach Bangladesch geführt.

In Indien finden in Assam, im Punjab und in Kaschmir bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen unter Ausnahmerecht statt, wobei in Kaschmir eine weitere Eskalation zu erwarten ist. Dies gilt auch für den Konflikt zwischen den muslimischen und den hinduistischen Bevölkerungsteilen anlässlich des Tempelbau-Konflikts in Ayodhya.

Der Kurilenkonflikt liegt auf Eis. Wegen innenpolitischem Druck von links und rechts mußte der russische Präsident Jelzin eine Reise nach Japan, auf der die Frage besprochen werden sollte, absagen. Vor dem Hintergrund neuer Erdgasfunde in dem Seegebiet um die Spratley-Inseln haben China, Vietnam, Malaysia und die Philippinen ihre Ansprüche in dem lange schwelenden Konflikt erneuert. Mit der Errichtung einer Militärstation auf den von Vietnam besetzten Inseln einerseits sowie durch die Vergabe von Prospektionslizenzen durch die chinesische Regierung wollen beide Parteien vollendete Tatsachen schaffen. Ebenso wurde ein Streit zwischen China und Japan um 5 Inseln nordöstlich von Taiwan wiederbelebt.

In Indonesien dauern die Konflikte in Osttimor wo die Fretilin ein Friedensangebot unterbreitet hat und auf Westpapua, wo noch ca. 100 Guerillas aktiv sind, an. Die Verhaftung des Anführers Gusmaos deutet eine Deeskalation des Konflikts an.

Auf den Philippinen hat der neugewählte Präsident Ramos an die Guerilla auf Mindanao sowie an die NPA ein Amnestieangebot unterbreitet, um den jahrelangen Kampf zu beenden. Nach 88 Jahren wird die militärische US-Präsenz mit der Räumung des letzten Stützpunktes Subic Bay beendet.

Auf Sri Lanka geht der Krieg ohne Verhandlungen unvermindert weiter. Dabei greifen die Tamilischen Guerillas auch Moslems an.

Trotz eines Friedensabkommens vom Januar 1991 dauert der Kleinkrieg auf Bougainville wegen der Autonomieforderungen innerhalb Papua-Neuguineas ohne Verhandlungen weiter an. In Pakistan gibt es weitere Unruhen in der Provinz Sind und Machtkämpfe zwischen Regierung und Opposition.

Die langsame Annäherungspolitik der beiden Koreas wird fortgesetzt. (US Abzug, Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag, Wirtschaftsabkommen).

VORDERER UND MITTLERER ORIENT

Diese Region erlebte 1992 bei weitem mehr Konflikteskalationen als Ereignisse mit mäßiger Wirkung. Die zeitweise unterbrochenen Nahost-Friedensverhandlungen haben bisher kaum Annäherung gebracht auch wenn durch den Regierungswechsel in Israel eine elastischere Haltung unübersehbar ist und der seit 1987 in den besetzten Gebieten andauernde Volksaufstand eine territoriale Lösung immer dringlicher werden lassen.

In den Teilregionen des Vorderen und Mittleren Orients dominierten folgende Ergebnisse die Entwicklung im Berichtszeitraum:

Im Maghreb sind die islamistischen Bewegungen erstarkt und der in diesem Zusammenhang durchgeführte kalte Staatsstreich in Algerien ist einem Wahlsieg der FIS zuvorgekommen. Ihr Verbot hat zu Internierungen und zahlreichen terroristischen Untergrundoperationen geführt; die Hintergründe der Ermordung des Präsidenten Boudiaf sind noch unklar. Gegenüber Libyen ist noch immer das UN-Embargo zur Auslieferung der mutmaßlichen Terroristen von Lockerbie in Kraft.

Im arabischen Osten hält der Konflikt zwischen der UNO und dem Irak um die Einhaltung der Waffenstillstandsverpflichtungen aus dem Zweiten Golfkrieg an. Grenzüberschreitende Militäraktionen finden von der Türkei aus gegen kurdische Separatisten im Nordirak statt. In der Golfregion sind Territorialkonflikte insbesondere zwischen dem Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten um die Insel Abu Musa wiederaufgeflammt. Irans diplomatische Beziehungen mit dem Westen bleiben wegen der Aufrechterhaltung der Morddrohung gegen den Schriftsteller Rushdie gespannt. Im östlichen Nachbarland Afghanistan nehmen die Widerstandsgruppen Kabul ein, worauf heftige Kämpfe zwischen den rivalisierenden Fraktionen ausbrechen.

Zwei weitere Teilregionen, die sowohl historisch als auch zunehmend unter interaktionellen Gesichtspunkten dem Nahen und Mittleren Osten zuzuordnen sind, treten nach dem Zerfall der UdSSR ins Blickfeld: (Trans-)Kaukasien und Zentralasien. Im Zuge der Entkolonisierung dieser teils türkisch, teils persisch geprägten Regionen und der Schaffung unabhängiger Republiken werden historische Bindungen wiederbelebt. So bemühen sich sowohl die Türkei als auch der Iran intensiv um Verbindungen zu den neuen Regierungen. Rivalitäten um wirtschaftlichen wie kulturellen Einfluß und um politische Macht zwischen diesen regionalen Großmächten sind damit vorprogrammiert.

Der seit 1988 unvermindert anhaltende Krieg zwischen Armeniern und Aserbajdschanern um die Enklave Nagornij-Karabach und der Ende 1992 ausgebrochene Bürgerkrieg in Tadschikistan müssen möglicherweise als Vorboten und Muster zukünftiger Konflikte in der Region am Südrand der ehemaligen Sowjetunion gesehen werden. Dabei geht es um Probleme der nationalen Abgrenzung: das Auseinanderfallen von ethnischen und territorialen Gegebenheiten, der Gegensatz von autonomisierten und nicht-autonomisierten Völkern, Titularnationen und Minderheiten hat eine Vielzahl von Gebiets- und Grenzanfechtungen zwischen den neuerdings souverän gewordenen Republiken gerade in Zentralasien hervorgerufen.

Zu diplomatischen Spannungen der arabisch-islamischen Staaten des Nahen Ostens und dem Westen kommt es einerseits angesichts der amerikanisch-britisch-französischen Drohungen gegen Libyen als auch - auf dem Forum der Organisation der Islamischen Konferenz - wegen des UN-Waffenembargos gegen die Republiken Ex-Jugoslawiens. Der Vorwurf lautet, daß der Westen dem Genozid der Serben gegen die Muslime in Bosnien-Herzegowina untätig zusehe und ihm durch das Embargo Vorschub leiste.

KONFLIKTVERHÜTUNG DURCH REGIONALORGANISATIONEN

Außer den Vermittlungsaktivitäten in einzelnen Konflikten bilden die Integrationsbemühungen einen Baustein zum Abbau von Spannungen:

Schwarzmeerranrainer

Auf Initiative der Türkei wurde 1991 eine regionale Zusammenarbeit der Schwarzmeerranrainer sowie Albanien und Griechenlands institutionalisiert. Nach längeren Verhandlungen unterzeichneten in Juni 1992 die elf beteiligten Staaten in Ankara ein Dokument über die Bildung einer Schwarzmeerranrainerregion, die zu einer engen Kooperation auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technischem und handelspolitischem Gebiet führen soll.

NAFTA

Der Vertrag über die Bildung einer Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) wurde am 7. Oktober in San Antonio, Texas in Anwesenheit der Präsidenten der drei beteiligten Staaten Kanada, USA und Mexiko paraphiert. Binnen 15 Jahren sollen sämtliche Handelschranken beseitigt werden; damit entstünde die größte Freihandelszone der Welt.

MERCOSUR

Auf ihrer Gipfelkonferenz im Juni vereinbarten die Mitglieder (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie Chile und Bolivien als Beobachter) einen Zeitplan zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes bis 1995. Sie betonen dabei die Notwendigkeit einer Integration auf der Basis von Demokratie (die Beseitigung rechtsstaatlicher Verhältnisse führt zur Suspension), Marktwirtschaft mit Wachstum und Handelsliberalisierungen.

ASEAN

Die Jahrestagung der Organisation im Juli in Manila war in Anbetracht des amerikanischen Rückzuges von sicherheitspolitischen Fragen wie dem Kambodschakonflikt und der Auseinandersetzung um die Spratley-Inseln geprägt. Rußland und China nahmen erstmals als Gäste teil, was zusammen mit dem Aufnahmeantrag von Laos und Vietnam die wachsende Bedeutung der Vereinigung unterstreicht.

KSZE

Die 51 Mitglieder, die sich als regionale Konferenz und Bindeglied zwischen europäischer und globaler Sicherheit sehen, sind aufgrund der institutionellen Neugestaltung nach dem Gipfel von Paris 1990 auch als Vermittler (z.B. Jugoslawien, Moldawien, Nagornij-Karabach) und neuerdings auch als regionale Organisation im Sinne der UN-Charta aufgetreten. Auf der jüngsten Tagung in Helsinki im Dezember wurde die Berufung eines Generalsekretärs beschlossen, um eine schnellere Reaktion auf künftige Konflikte zu ermöglichen.

Herausgeber:

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) e.V. erfaßt systematisch die jährlich stattfindenden (neu initiierten und fortlaufenden) Konflikte in ihren unterschiedlichen Intensitäten. Ebenfalls registriert werden die Konfliktbeendigungen bzw. -lösungen, wobei Lösung sich auf dauerhafte, weil konsensual beschlossene Übereinkommen stützen muß. Dieser Konfliktbarometer gibt die Soll und Haben-Bilanz internationalen Konfliktverhaltens wieder und aktualisiert das zugrundeliegende Nachschlagewerk 'Konflikte seit 1945' (Freiburg: Ploetz-Vlg. 1991).
Anschrift: Prof. Dr. Frank R. PFETSCH, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, Marstallstr. 6, 6900 Heidelberg